

1 **Antragsnummer: 1**

2 **Antragstitel: Sozialismus beginnt im Kleinen! –**

3 **Unsere Forderungen für die Kommunalwahlen 2024.**

4 **Antragsstellend: Landessprecher:innenrat**

5 **Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:**

6 Sozialismus beginnt im Kleinen!

7 Sozialismus ist nicht nur die große und glorreiche Weltrevolution, sondern beginnt auch im  
8 Kleinen. Anlässlich der im Saarland anstehenden Kommunalwahlen 2024 wollen wir und als  
9 Linksjugend mit einem Forderungskatalog, der eine Leitlinie für unser Verständnis von linker  
10 Kommunalpolitik darstellt, klar positionieren. Wir stehen als größte linke Jugendorganisation  
11 im Saarland für eine sozialistische, feministische, antifaschistische und ökologische Politik auf  
12 allen Ebenen ein.

13 Die immer weiter steigenden Lebenshaltungskosten und die teuren Wohnkosten, ein mieser  
14 ÖPNV, vor sich hin bröckelnde Schulen, die steigende Armut im Saarland, die Privatisierung  
15 und der Rückbau der öffentlichen Infrastruktur, chronische Unterfinanzierung – diese  
16 Probleme plagen die saarländischen Kommunen seit vielen Jahren. Die regierenden Parteien  
17 im Saarland sprachen immer nur vor den Wahlen über diese Probleme. Danach ging die Misere  
18 weiter. Denn eines ist klar: Der Markt regelt nichts! Wir brauchen eine breite Initiative für die  
19 Vergesellschaftung und Demokratisierung aller und gerade der kommunalen Strukturen.

20 So wie es ist, kann es nicht weiter gehen. Die Linksjugend sieht sich als konsequent verlässliche  
21 Stimme für Soziales auf kommunaler Ebene. Wir schauen den regierenden Parteien genauso  
22 wie der Partei DIE LINKE auf die Finger und wollen dafür sorgen, dass die Idee einer  
23 sozialistischen Kommunalpolitik nach der Wahl nicht untergeht und sich etwas nachhaltig  
24 ändert im Saarland.

25 Außerdem dienen diese Forderungen auch für alle Jugendkandidaten die 2024 für die Partei  
26 DIE LINKE für die Kommunalparlamente antreten möchten und dabei die Unterstützung des  
27 Jugendverbandes im Wahlkampf erhalten wollen, als Leitlinien. Wer sich zu unserer  
28 Programmatik bekennt, darf mit unserer vollen Unterstützung rechnen.

29 Holen wir uns das gute Leben für alle. Sozialismus beginnt im Kleinen!

30

31 Das sind unsere Themen und Forderungen:

32

### 33 **1 WOHNEN – Die Häuser denen, die drin wohnen!**

34 • Auch im Saarland werden die Mieten in vielen Kommunen unbezahlbar. Der soziale  
35 Wohnungsbau muss massiv hochgefahren werden!

36 • Städtisches Eigentum darf nicht an private Investoren verschertelt werden, wie zum  
37 Beispiel im Nauwieser Viertel. Hier gilt: Gentrifizierung stoppen, Viertel retten!

38 • Bei Neubauten muss der Anteil an verpflichtendem sozialem Wohnraum deutlich  
39 erhöht werden.

40 • Es darf nicht mit Wohnraum spekuliert werden: Wir brauchen ein  
41 Zweckentfremdungsgesetz, mit dem wir Leerstand enteignen können.

42 • Niemand muss hunderte Wohnungen besitzen! Große private Immobilieneigentümer  
43 sollen enteignet werden.

44 • Unbürokratische Hilfen bei Armut durch Wohnkosten: Einrichtung von kommunalen  
45 Hilfsfonds für Menschen, die ihre Miete nicht zahlen können.

46 • Volle Unterstützung von Mieter:innen mit geringem Einkommen: Einrichtung  
47 kommunaler Rechtsfonds, Kautionsfonds und Entbürokratisierung und  
48 inflationsgekoppelte Angleichung des Wohngelds.

49 • Einführung eines Vorkaufsrechts für die Kommunen für alle Immobilien und  
50 Grundstücke.

51

### 52 **2 ÖPNV – Überall hin ohne Ticket!**

53 • Wir wollen das 0-Euro-Ticket! Der ÖPNV soll umlagefinanziert sein.

54 • Bus und Bahn sollen gerade im ländlichen Raum massiv ausgebaut werden

55 • Es soll kostenloses W-Lan in allen Bussen und Bahnen geben.

56 • Alle regionalen Bus- und Bahnbetriebe gehören in die öffentliche Hand.

57 • Wir wollen eine Prüfung aller stillgelegten Bahnstrecken bezüglich einer Reaktivierung  
58 und den Bau von neuen Saarbahnlinien.

59

### 60 **3 KAMPF GEGEN ARMUT – Die Armut bekämpfen, nicht die Armen!**

61

62 • Wir wollen ein obdachlosenfreundliches Saarland und sind gegen Strafmaßnahmen  
63 und Demütigungen von obdachlosen Menschen sowie defensive Architektur in  
64 der Öffentlichkeit und Bettelverbote.

65 • Die Hilfen für Obdachlose müssen deutlich ausgebaut werden. Menschen, die in Armut  
66 leben, brauchen von der Kommune viel mehr Unterstützung.

67 • Ausbau der aufsuchenden Sozialarbeit.

68 • Alle Amtsdokumente sollen auch in einfacher Sprache erhältlich sein.

69 • Einführung eines landesweiten Masterplans gegen Kinderarmut mit Beteiligung aller  
70 Kommunen.

71 • Wir wollen ein Verbot von Strom-, Wasser-, und Gassperren. Außerdem  
72 Sollen die Kommunen für bedürftige Bürger:innen soziale Hilfsfonds einrichten, wenn  
73 Menschen zum Beispiel ihre Nebenkosten nicht bezahlen können, der möglichst  
74 unbürokratisch abrufbar ist.

75

### 76 **4 ANTIFASCHISMUS – Für konsequent antifaschistische Kommunen.**

77

78

79 • Unsere kommunalen Vertreter:innen stehen für ein aktives Eintreten gegen  
80 Faschist:innen aller Art und organisieren antifaschistischen Protest aktiv mit.

81 • Wir treten wir für eine antifaschistische Erinnerungskultur ein und wollen keine  
82 Straßen im Saarland, die nach Nazis oder sonstigen Rassisten benannt sind.

83 • Kritische Einordnung oder Abriss aller Wehrmachtsdenkmäler.

84 • Die Kommunen sollen antifaschistische Initiativen und Aktionen unterstützen und  
85 finanziell fördern und nicht behindern!

- 86 • Bildungsarbeit gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus soll stärker  
87 gefördert werden. Verpflichtung für alle Angestellten im öffentlichen dienst sich zu  
88 diesen Themen fortzubilden.
- 89 • Ausbau der Förderung von Dokumentations- und Beratungsstellen für Opfer von  
90 rechter/rassistischer Gewalt.
- 91 • Für Saarlouis: Sofortige Einrichtung eines zentralen Gedenkorts für Samuel Yeboah und  
92 einer Samuel-Yeboah-Straße!

93  
94

## 95 **5 FEMINISMUS UND QUEER – Feminismus oder Schlägerei!**

96

- 97 • Feministische Initiativen und Proteste werden von unserem kommunalen  
98 Mandatsträger:innen unterstützt. Sie engagieren sich gegen Sexismus, Misogynie und  
99 Queerfeindlichkeit.
- 100 • Im Saarland müssen Hilfs- und Beratungsangebote für Frauen und Queers, die Gewalt  
101 und/oder Armut erfahren, ausgebaut werden und langfristig und sicher finanziert sein.  
102 Jeder Kreis soll mindestens ein Frauenhaus zur Verfügung haben.
- 103 • Auf öffentlichen Toiletten soll es kostenlose Menstruationsprodukte geben. Außerdem  
104 soll es kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln geben.
- 105 • Werbung für Bordelle soll ebenso verboten werden wie Zuhälterei. Die  
106 Ausstiegsprogramme für Prostituierte sollen ausgebaut werden und mehr Geld  
107 erhalten. Die Kommunen sollen konsequent gegen Zwangsprostitution vorgehen.
- 108 • Die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche sollen durch die Kommunen übernommen  
109 werden, solange es keine neue Regelung im Land und im Bund dafür gibt.
- 110 • Alle Beratungsstellen für Schwangere sollen durch eine Bannmeile vor  
111 Abtreibungsgegnern geschützt werden.

112

## 113 **6 KLIMAGERECHTIGKEIT – Klimaneutral? Am besten schon gestern.**

114

- 115 • Alle saarländischen Kommunen sollen bis 2035 klimaneutral sein. Der Ausbau  
116 erneuerbarer Energien und der Ausstieg aus Fossilen muss kommunal umgesetzt und

117 gefördert werden. Der Ausbau soll auf genossenschafts- und gemeinnütziger Basis  
118 erfolgen.

119 • Parks statt Autos! Wir sind für mehr Grünflächen statt Parkplätze in den Innenstädten  
120 und für die Ausweitung autofreier Zonen.

121 • Die Infrastruktur für Radfahrende ist auszubauen.

122 • Ein Privatchatnutzungsverbot für saarländische Kommunen soll eingeführt werden.

123 • Sanierungsoffensive bei bestehenden Wohnanlagen – Energieeffizienz nicht nur für  
124 Neubauten.

125

## 126 **7 LÖHNE – Löhne von denen wir leben können.**

127

128 • Im Saarland arbeiten sehr viele Menschen zu Niedriglöhnen und in prekären  
129 Beschäftigungsverhältnissen. Viele kommen kaum über die Runden und müssen  
130 aufstocken. Die Kommunen müssen dafür sorgen, dass Tarifverträge eingehalten und  
131 soziale Standards garantiert sind.

132 • Im gesamten öffentlichen Sektor und öffentlichen Aufträgen soll Tarifbindung und 15  
133 Euro Mindestlohn gelten.

134 • Azubis im öffentlichen Dienst sollen ein Ausbildungsmindestgehalt von 1200 Euro  
135 bekommen.

136 • Die Kommunen im Saarland sollen Modellprojekte zur Arbeitszeitverkürzung bei  
137 vollem Lohnausgleich starten.

138

## 139 **8 BILDUNG – Bildung für morgen, statt Schulen von gestern.**

140

141 • In unseren Schulen bröckelt der Putz von der Decke und die Räume sind zu beengt für  
142 die steigende Zahl an Schüler:innen. Die Zustände sind unhaltbar. Wir brauchen  
143 dringend eine Sanierungsoffensive für alle saarländischen Schulen.

144 • Nachmittagsbetreuung und ein kostenloses warmes Mittagessen sollen Standard  
145 werden.

146 • Die Förderung von Privatschulen soll drastisch reduziert werden. Gymnasien sind  
147 zugunsten von Gemeinschaftsschulen abzuschaffen.

- 148 • Bereitstellung von mehr Schulärzt:innen und ausreichend Schulpsycholog:innen und  
149 Sozialarbeiter:innen.
- 150 • Bundeswehrverbot an saarländischen Schulen: Kein Werben für das Sterben!
- 151 • Studentisches Wohnen ist ebenso ein wichtiges Thema, hier muss günstiger  
152 Wohnraum in kommunaler Hand geschaffen werden.
- 153 • KiTas müssen gebührenfrei sein. Außerdem soll es eine öffentliche Garantie für einen  
154 wohnortnahen KiTa-Platz geben. Das Personal in den KiTas ist aufzustocken und die  
155 Löhne deutlich anzuheben.

156

## 157 **9 KULTUR – Freie Kultur statt Kommerz!**

158

- 159 • Wir sind für kontinuierliche und stärkere Förderung der freien, nicht-kommerziellen  
160 Kulturszene. (Autonome) Jugendzentren und soziale Zentren müssen mehr gefördert  
161 werden.
- 162 • Peinliche Sticker- und Graffitiernungsaktionen lehnen wir ab.
- 163 • For free ins Freibad! Öffentliche Kultureinrichtungen, ob Freibad, Theater, Museum,  
164 Kino oder Zoo sollen für alle kostenfrei zugänglich sein.
- 165 • Finanzielle Sicherung aller bestehenden Kultur- und Sporteinrichtungen.
- 166 • Wiedereröffnung des Botanischen Gartens, ein Förderprogramm für die  
167 saarländischen Zoos.
- 168 • Wir wollen bessere Entlohnung und Abschaffung von Befristungen für Beschäftigte im  
169 öffentlichen Kulturbereich.
- 170 • Mehr und qualitativ hochwertige und moderne Spielplätze in allen Kommunen.
- 171 • Einführung von kommunalen Drug-Checking-Points.

172

## 173 **10 GEGEN ÜBERWACHUNG – Soziale Sicherheit statt Überwachungswahn!**

174

- 175 • Wir haben kein Bock auf massive Kameraüberwachung, die Probleme nur verdrängt.
- 176 • Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle für Betroffene von (rassistischer)  
177 Polizeigewalt.
- 178 • Die erfolgte Aufrüstung der Polizei mit Elektrotasern und Bodycams lehnen wir

179 ab. Sicherheit schafft man durch soziale Verhältnisse und nicht durch Repression!

180

181 **11 ÖFFENTLICHE INFRASTRUKTUR UND MEHR DEMOKRATIE – Deine Kommune gehört**  
182 **dir uns nicht einem Konzern!**

183

- 184 • Die gesamte öffentliche Infrastruktur gehört von der Klinik bis zur Wasser-  
185 versorgung in die Hand der Kommunen. Wir kämpfen gegen jede Privatisierung und für  
186 eine Rückführung der öffentlichen Daseinsfürsorge in kommunale Hände in  
187 demokratischer Kontrolle.
- 188 • Mehr Mitbestimmung auf kommunaler Ebene umsetzen! Einführung von  
189 Bürger:innenräten mit Entscheidungsgewalt mit repräsentativer Zusammensetzung für  
190 die Gemeindeentwicklung
- 191 • Kommunales Wahlrecht für alle, die mehr als drei Jahre ihren Hauptwohnsitz in der  
192 Kommune haben. Wahlrecht für alle ab 16 Jahren.

193

194 **12 GESUNDHEIT UND PFLEGE – Unsere Gesundheit ist keine Aktie und meine Klinik kein**  
195 **Konzern!**

- 196 • Keine Klinik im Saarland darf mehr schließen. Wenn ein privater oder kirchlicher Träger  
197 ein Haus schließt, muss dies in die kommunale Hand kommen. Alle Kliniken sollen in  
198 öffentlicher Hand sein! Dafür brauchen wir ein regionales Verbundklinikum. Ein  
199 Zusammenführen aller Träger, eine demokratische Organisation und Kontrolle im  
200 Interesse der Patienten und Beschäftigten ist so umsetzbar.
- 201 • Gemeinsame Initiativen der Kommunen gegen das Fallpauschalensystem und ein  
202 Verbot des Handels mit Kliniken- und Pflegeheimaktien.
- 203 • Einrichtungen eines Poliklinikensystems um eine optimale Gesundheitsversorgung im  
204 ländlichen Raum zu gewährleisten.
- 205 • Ein besserer Personalschlüssel, Arbeitszeitverkürzung und deutlich höhere Löhne in  
206 der Pflege kann nicht mehr warten!
- 207 • Kommunale Programme, um die Attraktivität des Pflegeberufs zu steigern. Einführung  
208 von Dienstwohnungen.

- 209 • Das kirchliche Arbeitsrecht in Kliniken und Pflegeheimen ist diskriminierend und  
210 ermöglicht Lohndumping. Es soll abgeschafft werden.

211

212

213 **13 ASYLPOLITIK – Das Saarland zum sicheren Hafen machen.**

214

- 215 • Mehrere Kommunen haben sich bereits zum sicheren Hafen für Geflüchtete erklärt.  
216 Dies sollte flächendeckend im Saarland der Fall werden. Dem müssen außerdem Taten  
217 folgen!

- 218 • Die Kommunen müssen ein gutes und sicheres Leben für Geflüchtete gewährleisten  
219 und die dafür nötigen Gelder vom Land und Bund bekommen.

- 220 • Geflüchtete sollen menschenwürdig und dezentral untergebracht werden. Wir  
221 brauchen keine Residenzpflicht. Geldleistungen sind Sachleistungen vorzuziehen und  
222 die gesundheitliche Versorgung muss über eine Gesundheitskarte für alle Geflüchteten  
223 sichergestellt werden.

- 224 • Initiativen von und für Geflüchtete haben unsere volle Solidarität!

225

226 **Begründung:**

227 Erfolgt mündlich

228

229

230

231 **Antragsnummer: 2**

232 **Antragstitel: Für eine Neuregelung der Mandatsträgerabgabe – Linke Mandate**  
233 **sind eine soziale Verpflichtung!**

234 **Antragsstellend: Landessprecher:innenrat**

235 **Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:**

- 236
- Alle Landtags- und Bundestagsabgeordneten des saarländischen Landesverbands der Partei DIE LINKE sollen künftig von ihren Diäten nicht mehr netto behalten dürfen als den durchschnittlichen Facharbeiternettolohn (derzeit rund 2500 Euro).
- 237
- 238
- Von den zusätzlichen Abgaben soll maßgeblich ein Hilfsfond des Landesverbandes für Menschen in sozialer Not eingerichtet werden
- 239
- 240

241 **Begründung:**

242 Erfolgt mündlich.

243

244

245

246 **Antragsnummer: 3**

247 **Antragstitel: Jugendhilfe in den Schulen endlich ausbauen und besser**  
248 **vernetzen!**

249

250 **Antragsstellend: Landessprecher:innenrat**

251

252 **Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:**

253

- 254
- Aufgrund der gestiegenen Anforderungen in den schulischen Bildungseinrichtungen fordern wir als Linksjugend [‘solid] eine bessere Vernetzung, zwischen Schule, dem Jugendamt und den Trägern der Jugendhilfe. Dafür muss auch eine mit Stellen ausgestattete Koordinationsstelle eingerichtet werden.
- 255
- 256
- 257

258

- Außerdem fordern wir jetzt eine deutliche Erhöhung der Planstellen für Erzieher:innen und Sozialarbeiter:innen und eine deutliche Anhebung der Löhne im Erziehungsbereich.
- 259
- 260
- 261

262

263 **Begründung:**

264 Erfolgt mündlich

265

266

267

268 **Antragsnummer: 4**

269 **Antragstitel: Schluss mit der Werbung für sexuelle Ausbeutung! –**  
270 **Bordellwerbung flächendeckend verbieten.**

271 **Antragsstellend: Landesprecher:innenrat**

272

273 **Antragsstellend: Landessprecher:innenrat**

274

275 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

276

- 277 • Die Linksjugend [`solid] Saar fordert, dass die öffentliche Werbung für Bordelle auf  
278 Plakaten, abgestellten Fahrzeugen oder Ähnlichem im Saarland flächendeckend  
279 verboten wird.

280

281 **Begründung:**

282 Erfolgt mündlich.

283